

Kein Geld für ein Strohfeuer

Landtagsfraktionen liegen im Streit

■ Von Gerlinde Sommer und den Agenturen

Erfurt. (tlz) Einen gravierenden wirtschaftlichen Einbruch erwartet Wirtschaftsminister Jürgen Reinholz (CDU) im Freistaat nicht. Aber unbemerkt wird die Finanzkrise an Thüringen nicht vorübergehen. Deshalb will der Minister jetzt die landeseigenen Förderinstrumente daraufhin überprüfen lassen, wie Auswirkungen abgemildert werden können. Denn eines sei sicher: Kredite werden teurer. Und die Anforderungen, die die Banken an die Bonität stellen werden, werden höher. Das allerdings könnte manches gesunde Unternehmen in einen Negativentwicklung hineinziehen, die nicht gut für die eigentlich auf Wachstumskurs befindliche Wirtschaft ist. Eigentlich stehen die heimischen Unternehmen ganz gut da, so Reinholz: Das Wachstum im Land war mit 2,4 Prozent im ersten Halbjahr überdurchschnittlich. Die Industrieumsätze haben von Januar bis August um 8,0 Prozent zugelegt. Die mittelständische Struktur und die Branchenvielfalt sprechen aus Sicht des Wirtschaftsministers dafür, dass eine konjunkturelle Schwächephase zu verkraften sei.

Der Blick von Reinholz reicht aber durchaus über das Land hinaus und dabei betont er, dass es nun darauf ankomme, „schnell neues Vertrauen auf den Finanzmärkten aufzubauen“. Das Hilfspaket der Bundesregierung müsse nach Klärung der Länderbeteiligung zügig verabschiedet werden, so der Thüringer Wirtschaftsminister.

Doch genau an diesem Punkt gibt es nicht nur bei ihm Klärungsbedarf: Die Linke hat eine Sondersitzung des Landtages beantragt. Ziel sei es, das Parlament und die Öffentlichkeit über die Konsequenzen aus dem von der Bundesregierung beschlossenen Finanz-Rettungspaketes in Höhe von 500 Milliarden Euro auf Thüringen zu informieren, begründete Linke-Fraktionschef Dieter Hausold.

Auch die SPD-Fraktion will Genaueres wissen und forderte daher noch vor der für Freitag geplanten Entscheidung des Bundesrates über das Finanzmarktstabilisierungsgesetz eine Sondersitzung des Haushalts- und Finanzausschusses im Landtag. SPD-Fraktionsgeschäftsführer Uwe Höhn begründet: „Wir brauchen Klarheit, wie Thüringen das Maßnahmenpaket der Bundesregierung unterstützen kann.“ Angesichts widersprüchlicher Aussagen aus den Reihen der Thüringer CDU sei nun ein klares Ja des Landes zum Maßnahmenpaket

zur Stabilisierung des Finanzmarktes nötig: „Eine Blockade können wir uns nicht leisten. Es geht um den Schutz der Bürger, um ihre Spareinlagen und Arbeitsplätze“, so Höhn.

Die Linke spricht sich für ein Konjunkturprogramm aus, an dem sich auch die Länder beteiligen sollen. Die Stärkung der Binnenkaufkraft sei das Gebot der Stunde. Durch das Vorziehen von Investitionen etwa soll die „von den Banken und der Politik verschuldete Krise aktiv bekämpft werden“. Für Hausold ist klar: In der jetzigen Situation müsse die CDU „endlich ihre Steuer-Blockade zugunsten der Vermögenden aufgeben“. Weder der Verzicht auf eine Vermögensabgabe noch die Abschaffung der Erbschaftsteuer sei für den Landeshaushalt verkraftbar, so Hausold.

■ Über Rettungspaket wird noch beraten

Die CDU-Fraktion lehnte mittlerweile bereits das von den Linken geforderte Konjunkturprogramm ab. CDU-Fraktionsvorsitzender Mike Mohring erklärte, mit dem geplanten Rettungspaket des Bundes bestehe die berechtigte Hoffnung, „dass aus einem absehbaren Dämpfer für die Konjunktur keine Rezession wird. Es ist daher überflüssig, mit viel Geld ein Strohfeuer zu entzünden.“ Die von der Linken beantragte Sondersitzung des Landtags wird nach Mohrings Angaben voraussichtlich am 27. Oktober stattfinden.

Der Fahrplan bei der SPD sieht so aus: Wenn am Donnerstag die Sondersitzung des Thüringer Kabinetts zum Rettungspaket zur Stabilisierung der Finanzmärkte beendet ist, solle „direkt im Anschluss der Fachausschuss des Landtags von der Regierung informiert werden und darüber beraten“, so Höhn.

Diesen Termin hält Mohring für verfrüht. Nach seiner Ansicht müssen für die Beteiligung der Länder an dem Finanzmarktpaket des Bundes noch offene Fragen geklärt werden. „Wenn die Länder mitwirken sollen, müssen sie auch mitbestimmen“, so der Fraktionsvorsitzende. Es dürfe keinen Blankoscheck geben und die Beteiligung dürfe keinesfalls dazu führen, dass die politische Gestaltungsfähigkeit bei zurückgehenden Solidarpaktmitteln gefährdet werde. Und mit Blick auf Thüringen und den Vorstoß der Linken erklärte er, es gebe „keinen Grund mit der Finanzmarktcrise als Vorwand zusätzlich Geld zu verpulvern oder vom Kurs der Haushaltskonsolidierung abzurücken.“